

Wien, Samstag, den 24. September 1927.

28 Groschen-Tarif auf der Strassenbahn.Vom Dienstag, den 4. Oktober an.

Der Wiener Strassenbahntarif ist seit 20. Oktober 1925, also seit nahezu zwei Jahren unverändert geblieben. In dieser Zeit hat die Strassenbahn sehr ungünstig gebahrt. Schon das Jahr 1925 wies einen Betriebsabgang von 355.000 Schilling aus, im Jahre 1926 ergab sich ein Defizit von 5.326.000 Schilling und die ersten neun Monate des heurigen Jahres weisen ebenfalls rund 11.5 Millionen Schilling Betriebsabgang aus. Es ergibt sich demnach ein Betriebsabgang von 17,181.000 Schilling. Im Gemeinderat wurde von der Mehrheit wiederholt betont, dass ein weiteres Anwachsen des Gebärungsabganges bei der Strassenbahn unmöglich sei und anlässlich der im Juni beschlossenen Gehaltsregulierung für alle Bediensteten des Unternehmens, die vom 1. Oktober an wirksam wird, der Strassenbahn jährlich 4.4 Millionen Schilling neue Lasten auferlegt, wurde ebenfalls auf die notwendige Erhöhung des Tarifes verwiesen. Die Direktion der Strassenbahnen hat nun den am Montag zu einer Sitzung einberufenen Mitgliedern des städtischen Unternehmungsausschusses Anträge bezüglich der notwendigen Tarifierhöhung vorgelegt. Es wird vorgeschlagen, den gegenwärtigen Betriebsabgang von 17,181.000 Schilling auf die nächsten fünf Jahre zu verteilen, so dass jährlich 3.6 Millionen Schilling zu decken wären. Hierzu kommt noch der vom 1. Oktober auf ein Jahr gerechnete Abgang, der mit Einrechnung der Urlaubsgelder (2.2 Millionen Schilling jährlich) rund 7.14 Millionen Schilling ausmacht. Einschliesslich der fünfjährigen Tilgungsquote des Abganges beträgt daher der zu bedeckende Abgang jährlich 15.14 Millionen Schilling, wobei keinerlei Abschreibungen berücksichtigt sind. Die von der Strassenbahndirektion vorgeschlagene Tarifierhöhung beläuft sich auf 15.5 Millionen Schilling, so dass damit der Jahresabgang von 15.14 Millionen Schilling knapp bedeckt ist und nur 360.000 Schilling für Abschreibungen verbleiben. Die tatsächlich notwendigen Abschreibungen würden aber 8.2 Millionen Schilling erfordern. Wenn die Tarifierhöhung keinen Frequenzrückgang zur Folge hätte, würde sich das Erträgnis um rund 4.4 Millionen Schilling erhöhen, also für die notwendigen Abschreibungen von 8.2 Millionen Schilling noch immer nicht ausreichen. Vorgeschlagen wird von der Strassenbahndirektion der 28 Groschen-Tarif. Bei einer Jahresfrequenz von gegenwärtig 627,760.000 Fahrgästen und unter Annahme eines Abfalles von 2.5 Prozent, wird das Erträgnis des neuen Tarifes mit 127,295.851 Schilling errechnet. Beim 24 Groschen-Tarif beträgt der Durchschnittsfahrpreis 17.8 Groschen, während er beim 28 Groschen-Tarif 20.8 Groschen ist. Beim 24 Groschen-Tarif war ein Jahreserträgnis von 111,752.530 Schilling zu gewärtigen, es ergibt sich also eine Mehreinnahme beim 28 Groschen-Tarif von 15.5 Millionen Schilling.

Wie schon erwähnt, beantragt die Strassenbahndirektion den Preis des Tagesfahr Scheines mit 28 Groschen festzusetzen. Im Vorverkauf soll er 26 Groschen kosten. Der Preis des Nachtfahr Scheines soll mit 50 Groschen unverändert bleiben. Der Schülerfahr Schein kostete bisher 4 Groschen, der neue Tarif ist 5 Groschen. Ebenso soll der Preis des Kinderfahr Scheines um einen Groschen, nämlich von drei auf vier Groschen erhöht werden. Bei den Vorverkaufsfahr Scheinen werden folgende Tarife vorgeschlagen: Der Kinderfahr Schein wird von 2 auf 3 Groschen, der Frühfahr Schein von 14 auf 16 Groschen, der Tagesfahr Schein von 22 auf 26 Groschen, der Hin- und Rückfahr Schein von 30 auf 35 Groschen und die Wochenkarte von 1.40 S auf 1.60 Schilling erhöht. Die Halbjahresnetzkarte kostete bisher 110 Schilling, ihr Preis soll nunmehr 130 Schilling sein. Die Monatsnetzkarte, die jetzt 22 Schilling kostet, soll 26 Schilling kosten und die Streckenkarten bis zu zwei Teilstrecken werden von 9 S

auf 10.5 Schilling, bis zu fünf Teilstrecken von 11.5 auf 13.5 und über fünf Teilstrecken von 13.5 auf 16 Schilling erhöht.

Für die gewöhnlichen Fahr Scheine soll der neue Tarif vom Dienstag, den 4. Oktober an gelten, für die Wochenkarten erst von Montag, den 10. Oktober an und für die Zeitkarten vom Mittwoch, den 2. November an. Die Vorlage wird am Montag dem Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen, am Dienstag dem Stadtsenat und am Freitag dem Gemeinderat beschäftigen.